

Kleiner Parteitag
25.11.2006, Eckernförde

Beschluss

Clever Starten - Chancengerechtigkeit von Anfang an!

Der Kleine Parteitag stellt fest, dass die frühkindliche Bildung in Deutschland in den letzten Jahrzehnten sträflich vernachlässigt wurde. Das Ergebnis hiervon ist, dass Deutschland im internationalen Vergleich bei allen Bildungsstudien sehr schlecht abgeschnitten hat. Ein wesentliches Ergebnis aller Studien ist, dass in Deutschland Kinder aus „bildungsfernen Schichten“ kaum eine Chance haben, eine qualifizierte Schul- und Berufsausbildung zu durchlaufen.

Kaum geboren und schon chancenlos – diese Realität gilt es zu durchbrechen.

Bildungspolitik ist eine der Hauptaufgaben der Bundesländer. Auch verbindliche Vorsorgeuntersuchungen, die vernetzte Jugendhilfe, die Weiterentwicklung der Kindertagesstätten und beitragsfreie Kindertagesstätten liegen in der Verantwortung des Landes Schleswig-Holstein und seiner Kommunen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen notwendigen Handlungsbedarf in diesen Bereichen!

Deshalb fordern wir die Landesregierung auf, zügig folgende Schritte einzuleiten und umzusetzen:

- **Begleitung der Eltern von Anfang an:** Die Betreuungsintensität durch Hebammen muss ausgedehnt werden mit dem Ziel Eltern bei Bedarf in ihrer Erziehungskompetenz zu stärken und Hilfestellung zu leisten. Jeder Familie sollte ab Beginn der Schwangerschaft eine Familienhebamme zur Seite stehen. Die Familienhebamme sollte, wie auch in Finnland, die regelmäßigen Untersuchungen durchführen und nur bei Problemen an den Arzt überweisen. Die Familienhebamme sollte der erste Ansprechpartner bei Partnerschafts- und Erziehungsfragen sein. Auch nach der Geburt sollte die Familienhebamme der Familie zur Seite stehen. Die Untersuchungen des Kindes sollten so ebenfalls von der Familienhebamme durchgeführt werden. Die Familienhebamme sollte die Familie immer wieder besuchen und die Entwicklung des Kindes beobachten. Das Angebot sollte allen Familien kostenlos zur Verfügung stehen.

- **Bessere Vernetzung:** Jugendhilfe, Soziale Dienste, Krankenhäuser, ÄrztInnen, Hebammen und die Polizei müssen zukünftig verstärkt zusammenarbeiten, damit Kinder und deren Eltern die notwendige Hilfe früh erreicht.
- **Hilfe leisten, wo Eltern Hilfe anfordern:** Insbesondere im Bereich der Frühförderung ist es in den letzten Jahren zu einem Leistungsabbau gekommen. Die Landesregierung hat eine hohe Verantwortung, gemeinsam mit den Kommunen frühe Hilfen sicherzustellen, um Kindern, welche behindert oder von einer Behinderung bedroht sind, zu helfen. Hilfesuchende Eltern abzuweisen und notwendige Leistungen zu verweigern, ist das Gegenteil dessen, was ein Sozialstaat leisten muss.
- **Verbindliche Vorsorgeuntersuchungen:** Es ist richtig, dass die Eltern die Hauptverantwortung für die Erziehung ihrer Kinder haben und dass der Staat nur im Notfall eingreifen darf. Allerdings muss dieser Notfall auch erkannt werden. Um das Recht des Kindes auf ein gesundes und unversehrtes Aufwachsen sicher zu stellen, fordern wir, dass es zukünftig verbindliche Vorsorgeuntersuchungen für alle Kinder gibt. Wir fordern CDU und SPD auf, im Landtag unserem Gesetzentwurf zustimmen. Damit hätten alle Kinder in Schleswig-Holstein die Sicherheit, dass sie im Alter von zwei Jahren entweder von einem (Kinder)arzt oder vom Gesundheitsamt untersucht werden.
- **Kein Personalabbau in den Jugendämtern:** Tödliche Fälle von Kindesvernachlässigung zeigen, dass die Jugendämter eine hohe Verantwortung haben. Zukünftig wird es notwendiger denn je sein, dass SozialarbeiterInnen Zeit haben, in die Familien zu gehen und dort Hilfestellungen zu geben. Die Landesregierung muss gemeinsam mit den Kommunen einen Pakt zur Sicherstellung dieser Leistungen schließen.
- **Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz ab Geburt:** Die Zeit, in der Kinder mit fünf Jahren für vier Stunden am Vormittag in den Kindergarten gingen, ist endgültig vorbei. Eltern brauchen die Kindertagesstätte, um im Beruf bleiben zu können, Kinder brauchen die Kindertagesstätte, um ein frühes Bildungsangebot zu erhalten. Und Kinder brauchen Kinder, um soziale Erfahrungen mit Gleichaltrigen zu sammeln. Bildung heißt nicht Schule oder Lernen nach Vorschrift. Gerade die frühkindliche Bildung umfasst die „Kunst“, spielen zu können, sie umfasst soziale Kontakte und sie umfasst die Möglichkeit, Anreize zum Entdecken und zum Experimentieren zu erhalten. Vorlesen, Ausflüge in den Wald, gemeinsame Mahlzeiten etc., das gibt es in immer mehr Familien gar nicht mehr. Hier muss der Staat einspringen! Qualifiziertes Personal und

bedarfsgerechte Öffnungszeiten müssen in jeder Kindertagesstätte selbstverständlich sein.

- **Kostenloses Kita-Jahr:** Die GRÜNEN in Schleswig-Holstein fordern seit vielen Jahren ein verbindliches, beitragsfreies Kindertagesstättenjahr vor der Schule, damit alle Kinder mindestens ein Jahr gut auf die Schule vorbereitet werden. Auch wenn sich der Landtag auf Grund eines GRÜNEN Antrages für ein solches kostenloses KiTa-Jahr ausgesprochen hat, ist noch nicht erkennbar, ob und wann es umgesetzt werden soll. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern eine zügige Umsetzung.
- **Die Kita auf dem Weg zum Familienzentrum:** Kindertagesstätten erreichen fast alle Eltern und ihre Kinder. Die PädagogInnen in den KiTas kennen die Kinder, und sie arbeiten in der Regel auf einer vertrauensvollen Ebene mit den Eltern zusammen. Die dort vorhandene Kompetenz ist die beste Voraussetzung dafür, dass die KiTas zum Dreh- und Angelpunkt für die Unterstützung von Familien mit kleinen Kindern werden. Sie könnte Weiterbildungs- und Beratungsangebote für Eltern anbieten, Sprachkurse für die Kinder etc. Durch die Vernetzung und Kooperation mit Jugendhilfe und Gesundheitsvorsorge könnten Krisensituationen und eine Überforderung der Eltern frühzeitig erkannt werden. Andere Länder machen es uns vor: Familienzentren, Bildungshäuser und „Early-Excellence-Center“ sind Modelle, die auch in Schleswig-Holstein erprobt werden sollten. Hier vermissen wir die Initiative der Landesregierung.
- **Clever starten:** Einen Bildungsauftrag im Kindertagesstättengesetz zu verankern, wie es die Landesregierung gemacht hat, reicht nicht aus. Die Kitas brauchen Zeit und Geld für die Fort- und Weiterbildung ihrer PädagogInnen, ausreichende Vorbereitungszeiten, Supervision, Evaluation und Qualitätssicherung. Wir fordern mit unserem Programm „clever starten“ 10 Millionen Euro, damit die Kindertagesstätten den Sprung hin zur Bildungseinrichtung meistern können. Wir kritisieren, dass CDU und SPD dieses Programm bisher abgelehnt haben. Zusätzlich muss die Ausbildung der PädagogInnen verbessert werden. Wir fordern, dass wie in anderen europäischen Ländern auch im vorschulischen Bereich zumindest teilweise Personal mit Hochschulausbildung eingesetzt wird.
- **Migration darf keine Bildungshürde sein:** Kinder von MigrantInnen haben in Deutschland unterdurchschnittliche Bildungschancen. Dieses muss dringend geändert werden. Das Sprachprogramm der Landesregierung kann hier nur ein Anfang sein. Wir wollen, dass Kinder aus Migrantenfamilien bereits in der Kindertagesstätte so gefördert werden, dass sie später in der Schule gute Bildungschancen haben.

- **Kita is(s)t gesund:** Die Ernährung in den Kindertagesstätten ist über Jahrzehnte vernachlässigt worden. Wir erwarten von der Landesregierung, von den Kommunen und von allen Trägern der Kindertagesstätten, dass es hier zu einem Umdenken kommt. Kinder müssen wieder lernen, zu schmecken, zu kauen, gemeinsam zu essen und gemeinsam zu genießen. Essen zubereiten können, Esskultur und gesunde Mahlzeiten sind Grundlage für eine gesunde Entwicklung. In einem Land, in dem immer mehr Kinder in Armut aufwachsen, muss der Staat auch hier gegensteuern: ein erster Schritt sind gesunde Mahlzeiten zu sozial gestaffelten Preisen, ein zweiter Schritt ist eine kostenlose Ernährung in der KiTa für alle Kinder.
- **Vorgezogene Schuleingangsuntersuchung:** Es ist entscheidend, dass Sprachdefizite bei Kindern rechtzeitig erkannt und behoben werden. Wir fordern, dass die Schuleingangsuntersuchung spätestens ein Jahr vor Schulbeginn durchgeführt wird und dass bei einem festgestellten Defizit Maßnahmen zur Verbesserung der Sprachkompetenz unverzüglich eingeleitet werden.
- **Kinder brauchen Rechte:** Vor dem Hintergrund der vielfältigen Defizite im vorschulischen Bereich ist es ein Skandal, dass CDU und SPD im Oktober unseren Antrag zur Aufnahme von Kinderrechten in die Landesverfassung abgelehnt haben. Wir fordern erneut, die Kinderrechte in der Verfassung zu verankern.

Bildung kostet Geld: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern, dass zum einen innerhalb des Bildungssystems der frühkindliche Bereich gestärkt wird, zum anderen aber auch insgesamt mehr Mittel für Bildung bereit gestellt werden. Hierzu bedarf es einer höheren Besteuerung großer Vermögen, sozusagen eines „Bildungstalers“.

In den letzten Jahren ist die Schere zwischen Arm und Reich noch größer geworden. Während einige Wenige in privatem Reichtum baden, versinkt die öffentliche Hand in Armut und kann den Betrieb von Büchereien, Schwimmbädern, Erziehungsberatungsstellen und Kindertagesstätten nicht mehr finanzieren. Hier müssen wir umschichten, um zu vermeiden, dass durch Armut immer mehr Kinder von Bildungschancen ausgeschlossen werden. Die Bildungsoffensive im vorschulischen Bereich gehört auf der Prioritätenliste einer jeden Landesregierung ganz nach oben. Schleswig-Holstein darf unter der großen Koalition nicht zu Schläfrig-Hohlsein werden!

Kinder brauchen Rechte, Kinder brauchen Bildung! Nur so werden wir die Zukunft unseres Landes sichern. Fangen wir damit an!